

Die verschwiegenen Ursachen der Jahrhundertkrise

Von Peter Haisenko aufgeschrieben im Jahr 2008 und gültiger denn je

Finanzkrise oder Systemkrise?

„Die Welt wird eine andere sein“

Erst hieß sie Hypothekenkrise, dann Immobilienkrise und jetzt Finanzkrise. Es ist an der Zeit, dass diese Krise ihren richtigen Namen bekommt: Sie ist eine Systemkrise – die sich sehr wohl analysieren und für jeden verständlich machen lässt. Um zu verstehen, was die tieferen Ursachen dieser Krise sind und warum sie unvermeidlich war, muss man allerdings die Geschichte des Geldwesens im letzten Jahrhundert unvoreingenommen betrachten. Dann wird auch deutlich, dass diese Krise nicht zu Ende sein kann, solange nicht grundlegende Änderungen im Weltfinanzsystem erfolgen. Die Welt muss in Bezug auf das Geldwesen eine andere werden – und davor muss man sich keineswegs fürchten. Im Gegenteil: Wir dürfen uns auf eine gerechtere Weltordnung freuen.

Ein wesentlicher Grundsatz der Finanztheorie besagt, dass Geld ein legalisiertes Tauschmittel ist, welches auch zur Wertaufbewahrung dienen soll. Bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts blieb dieses Prinzip unangetastet. Die Geldwirtschaft war einfach und überschaubar: Der Wert des Geldes bezog sich auf den Wert des Goldes, und damit war die Geldmenge nicht beliebig vermehrbar. Die Goldmark, der US-Dollar und das britische Pfund kannten keine Inflation. Das britische Pfund hatte seinen Wert über vierhundert Jahre nicht nur gehalten, sondern sogar um zehn Prozent gesteigert. Die Menschen konnten ihre Altersversorgung durch erspartes Geld zuverlässig sichern.

Großbritannien startet mit dem Verfall des Pfunds ein Jahrhundert der Inflationen

Um 1900 erlebte die Wirtschaft Großbritanniens einen Niedergang, der dazu führte, dass Großbritannien ein wachsendes Außenhandelsdefizit aufbaute, das 50 Prozent seines Außenhandelsvolumens überstieg. Somit hatte Großbritannien ein ernsthaftes Problem. Diesem begegnete die Bank of England, indem sie einfach Geld druckte, damit die Importe bezahlt werden konnten. Dies war reine Geldschöpfung ohne Wertschöpfung und musste dazu führen, dass das britische Pfund erstmals eine Inflation erlebte. Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts musste die Bank of

England den Goldbezug des Pfundes aufgeben, weil zu viele Geldscheine ausgegeben worden waren. Der Bestand des British Empire war in akuter Gefahr.

Durch geschickte Diplomatie, die zum ersten Weltkrieg führte und infolgedessen zu einer politischen Neuordnung Europas, konnte Großbritannien sein Empire und das Pfund vorübergehend retten. 1923 fand in Genua eine internationale Konferenz statt, auf der über die Neuordnung des Weltfinanzsystems entschieden werden sollte. Bereits damals versuchte Großbritannien einen Gold-Devisenstandard durchzusetzen, mit dem britischen Pfund als Leitwährung. Allerdings waren die damals teilnehmenden Nationen unabhängig und souverän – sie erkannten schnell, was das von Großbritannien gewünschte System bewirken würde und

verweigerten ihre Zustimmung. Zwanzig Jahre später war das anders: Das Jahr 1944 stand unter dem Eindruck des zweiten Weltkriegs, und die USA und Großbritannien dominierten die freie Welt. Somit war es diesmal einfach, die bis heute gültige Weltordnung für das Finanzsystem gemäß den Forderungen der USA und Großbritanniens durchzusetzen.

An der Konferenz, die in Bretton Woods in New Hampshire/USA stattfand, nahmen 44 Länder teil, die allesamt mehr oder weniger abhängig von den USA oder Großbritannien waren. Zudem waren Länder beteiligt und stimmberechtigt, die zu dieser Zeit gar nicht als souveräne Staaten existierten: zum Beispiel die polnische Exilregierung, die in London Asyl gefunden hatte. 1944 wurde in Bretton Woods ein Gold-Devisenstandard beschlossen, mit dem US-Dollar und dem britischen Pfund als Leitwährung. Damit war der Grundstein gelegt für die jetzige Finanzkrise.

Der Gold-Devisenstandard verführt zu betrügerischem Handeln

Der fatale Unterschied zwischen einem reinen Goldstandard und einem Gold-Devisenstandard erschließt sich erst bei genauerer Betrachtung: Bei einem Goldstandard muss jeder ausgegebene Geldschein durch eine entsprechende Menge an Gold gedeckt sein. Dies bedeutet, dass man mit dem Besitz eines Geldscheins ein Anrecht auf eine bestimmte Menge Gold in physischer Form hat. Der Preis von Gold ist in Bezug auf eine Währung fixiert und unveränderlich. Das Geld hat einen realen Bezug, für den jedes Land verantwortlich zeichnet, das Geldscheine in Umlauf bringt. Es gibt keine Inflation.

Anders beim Gold-Devisenstandard: Hier muss nur die Leitwährung durch Gold gedeckt sein. Alle anderen Währungen haben einen festen Wechselkurs gegenüber der Leitwährung und erhalten so ihren Bezug zum Gold. Solange man davon ausgehen kann, dass es auf dieser Welt nur anständige Menschen gibt, die moralisch integer handeln, könnte dieses System funktionieren. Grundvoraussetzung zur Funktionsfähigkeit dieses Systems ist eine auf lange Sicht ausgeglichene Handelsbilanz aller teilnehmenden Nationen. Und falls ein Land mehr importiert als es exportiert, also ein Außenhandelsdefizit erleidet, dann muss es von seinem Geld einen entsprechenden Anteil an andere Länder geben. Weil die Geldmenge nicht beliebig vermehrbar ist, wird dieses Geld im internen Umlauf fehlen, und so die Funktionsfähigkeit der nationalen Wirtschaft in Frage stellen. Also müssen die Länder darauf achten, dass sie eine ausgeglichene bis positive Handelsbilanz erwirtschaften, damit ihr interner Geldumlauf nicht gestört wird.

Weil klar ist, dass es nicht immer möglich sein kann, eine ausgeglichene Handelsbilanz herzustellen, sieht das System von Bretton Woods die Möglichkeit vor, Reserven für schlechte Zeiten anzulegen. Diese Reserven werden in US-Dollar – der Leitwährung – angelegt. Und hier wird sofort der Pferdefuß des Gold-Devisenstandards ersichtlich: Die US-Dollars, die als Reserve bei den Zentralbanken landen, stammen aus der Geldmenge der USA und müssten dort fehlen. Damit wäre der interne Geldumlauf der USA gefährdet. Um jedoch genau dies zu verhindern, wurde in Bretton Woods bestimmt, **dass Dollarreserven außerhalb der USA sofort in die USA retransferiert werden**, damit diese auf dem Geldmarkt in New York wieder ausgeliehen werden können – wiederum ein durchaus funktionsfähiges System. Allerdings nur, solange es nicht missbraucht wird.

Für Staaten mit Außenhandelsdefizit enthält dieses System auch die Möglichkeit, sich Geld gegen Zinsen zu leihen, um ihren internen Geldumlauf zu sichern. Solange also alle beteiligten Staaten darauf achten, eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erwirtschaften, bleibt

dieses System funktionsfähig, ohne dass eine Erhöhung der im Gesamtumlauf befindlichen Geldmenge nötig wäre.

Leider gibt es eine Ausnahme: nämlich ausgerechnet jenes Land, das die Leitwährung besitzt – die USA. Wenn nämlich die USA ein Außenhandelsdefizit erleiden, bekommen sie ihr Geld sofort zurück. Nach den Verträgen von Bretton Woods werden die Dollarreserven der Zentralbanken sofort in die USA retransferiert. 1944 waren die USA zweifelsfrei das Land mit der stärksten Wirtschaftskraft, und sie waren ein klassisches Exportland. Und es war noch nicht abzusehen, dass sich das ändern sollte. Andererseits war den Schöpfern des Systems von Bretton Woods sehr wohl bewusst, welche Privilegien und Möglichkeiten ihr System für die Länder mit Leitährungsstatus bieten wird. Und somit war auch von Anfang an klar, dass die USA ab 1944 keinerlei Veranlassung haben würden, eine positive Handelsbilanz herzustellen, wie schon 1959 Jacques Rueff, der Finanzberater von Charles de Gaulle, mahnend festgestellt hatte.

Darf ein Land mit Leitährungs-Status ein Außenhandelsdefizit haben?

Wenn ausgerechnet die USA – das Land mit der Leitwährung – ein stetig anwachsendes Außenhandelsdefizit aufbauen, wird dies für das gesamte System äußerst gefährlich. Denn dieser Zustand schafft zwei grundsätzliche Probleme: Zum einen tauchen jene US-Dollar, die von den Zentralbanken in die USA retransferiert werden, zweimal in den Bilanzen auf – einmal als Reserve im Exportland und noch einmal in der internen Umlaufbilanz der USA. Das bedeutet: Die gesamte Geldmenge im weltweiten Umlauf wächst in Höhe des US-Außenhandelsdefizits an, ohne dass dem eine Wertschöpfung gegenübersteht. Dies wiederum muss nach den klassischen Regeln der Ökonomie eine Inflation, also eine Entwertung des US-Dollars, nach sich ziehen. Im System der festen Wechselkurse konnte das aber nicht sein – und somit sieht man schon, dass dieses System von Anfang an zum Scheitern verurteilt sein musste.

Das eigentliche Problem entsteht aber USA-intern: Die retransferierten US-Dollar müssen in den USA wieder in den internen Umlauf gebracht werden. Doch das ist nicht so einfach, weil es sich um Geldmengen handelt, denen in den USA keine Wertschöpfung gegenübersteht. Solange das Außenhandelsdefizit der USA überschaubar war, ließ sich dieses Problem dadurch lösen, dass der durchschnittliche Arbeitnehmer in den USA einen höheren Lohn erhielt, als seiner eigentlichen wertschöpfenden Arbeitsleistung entsprochen hätte. Das bewegte sich bis in die sechziger Jahre im einstelligen Prozentbereich und war deshalb möglich, weil die Wirtschaft der USA zu dieser Zeit ein nahezu geschlossenes, sich selbst genügendes System war. Jedoch wuchsen die Mengen an US-Dollar, die außerhalb der USA als Guthaben verbucht waren – also die Auslandsverbindlichkeiten der USA – bis 1970 derart an, dass sich Präsident Nixon 1971 gezwungen sah, die Goldbindung des US-Dollars aufzuheben, weil die Goldreserven der USA einfach nicht mehr ausreichten.

Das Währungssystem verliert seine Grundlage

Damit war dem System von Bretton Woods die Grundlage entzogen, und das gesamte System hätte zu diesem Zeitpunkt neu definiert werden müssen. Es war ja ein Gold-Devisenstandard gewesen. Aber von da an war es nur noch ein Devisenstandard. Das bedeutet, dass der US-Dollar seit 1971 keinen Bezug mehr auf irgendeinen realen Wert hat, sondern nur noch einen ideellen. Die erste Folge: das System der festen Wechselkurse ließ sich nicht mehr beibehalten. Seit dieser Zeit wird mit Devisen gehandelt, und es entstehen enorme Gewinne

für die Banken, denen keinerlei Wertschöpfung gegenübersteht. Auch der Preis für Gold ist seit dieser Zeit variabel. Er wird täglich neu in London bestimmt.

Ansonsten nahm die Finanzwelt erstaunlicherweise keine Notiz von diesem eigentlich weltbewegenden Vorgang. Der US-Dollar verlor zwar an Wert, aber einerseits viel zu wenig, und andererseits wurde der Bestand des Systems nicht einmal ansatzweise in Frage gestellt. Was unter anderem daran liegen dürfte, dass bereits zu dieser Zeit in der ganzen Welt große Vermögen existierten, die in US-Dollar notiert waren. Deren Besitzer hatten die Macht, den Wert des US-Dollars zu erhalten und keinerlei Interesse, ihren Besitzstand in Frage zu stellen. Dieser Zustand hat sich bis heute nicht geändert – und so wird mit allen Mitteln versucht, dieses untaugliche System zu erhalten.

Seit 1971 kann das FED, die Zentralbank der USA, US-Dollar in jeder beliebigen Menge emittieren. Diese Möglichkeit nutzt es reichlich aus. Das führte zu einem exponentiell anwachsenden Außenhandelsdefizit der USA. Das System der überhöhten Löhne innerhalb der USA veranlasste Geschäftsleute, ihre Produktion vermehrt ins lohngünstigere Ausland zu verlagern, was die Außenhandelsbilanz der USA zusätzlich zu immer neuen Negativrekorden trieb. Trotzdem hielt sich dies alles bis 1990 in einigermaßen überschaubaren, vielleicht sogar beherrschbaren Grenzen. Mit dem Fall der Sowjetunion entfiel jedoch zugleich jegliche moralische Hemmschwelle für die profitorientierten Lenker der westlichen Wirtschaft. Der Nachweis für die Überlegenheit des westlichen Systems, und dass es das bessere für die Welt sei, musste nicht mehr erbracht werden. Ab da konnte man gänzlich skrupellos nach maximalem Gewinn streben – die Globalisierung wurde erfunden und zugleich der Turbokapitalismus.

Die Globalisierung frisst ihre Erfinder

Für die USA erwies sich die Globalisierung letztlich fatal, obwohl sie anfänglich den größten Nutzen aus ihr gezogen haben. Denn die offenen, globalisierten Märkte überschwemmen die USA mit preiswerten Produkten aus Billiglohnländern. Die amerikanischen Produzenten konnten in vielen Bereichen nur noch überleben, wenn sie ihre eigene Produktion ins Ausland verlegten. Dies wiederum ließ das Außenhandelsdefizit der USA derart ansteigen, dass die internen Folgen für die USA nicht mehr mit den bisherigen Mitteln zu bewältigen waren. In den letzten Jahren betrug es mehr als 750 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die gesamten Auslandsverbindlichkeiten der USA übersteigen mittlerweile 4.000 Milliarden US-Dollar. Bei einer dermaßen gewaltigen Summe muss man davon ausgehen, dass diese Schulden niemals zurückgezahlt werden können. Und wir können auch getrost davon ausgehen, dass letztlich niemand daran glaubt, dass sie jemals zurückgezahlt werden.

Konsum ohne Arbeit

Außenhandelsdefizit ist ein abstrakter Begriff. Für den einzelnen Bürger bedeutet er folgendes: In einem Land mit einem Außenhandelsdefizit konsumieren die Bürger dieses Landes Waren, für die sie keine Arbeit geleistet haben. Am Beispiel USA ergeben sich erschreckende Zahlen. Die USA haben im Jahr 2007 Waren für 750 Milliarden US-Dollar importiert, für die sie ausschließlich US-Dollar gegeben haben. Außer diesem Geld haben sie also keine echte Gegenleistung erbracht, nämlich eine, die durch die Arbeit ihrer Bürger entstanden wäre. Dies bedeutet, dass durchschnittlich jeder Arbeitnehmer in den USA im letzten Jahr Waren im Gesamtwert von 5.000 US-Dollar konsumiert hat, ohne dafür einen einzigen Strich Arbeit zu erbringen.

Auf der anderen Seite des Ozeans haben wir Deutschland mit seinem Außenhandelsüberschuss von 120 Milliarden Euro. Außenhandelsüberschuss bedeutet, dass in einem Land Waren hergestellt worden sind, die nicht im Inland verbraucht worden sind. Der Arbeitnehmer hat also letztlich nichts von dieser Arbeit gehabt. Im Einzelnen heißt das: Jeder deutsche Arbeitnehmer hat im Jahr 2007 durchschnittlich für 3.000 Euro Arbeit geleistet, die er nicht verbraucht hat. Diese Arbeit könnte eingestellt werden, ohne dass deswegen im Inland ein Mangel entstehen müsste.

Grundsätzlich haben die USA wegen ihres Außenhandelsdefizits kein Problem mit der Geldmenge in ihrem Land. Die Verträge von Bretton Woods sichern das ab. Das Problem liegt in der internen Verteilung. Sie muss so gestaltet sein, dass sie für den Rest der Welt nicht zu offensichtlich wird. Das retransferierte Geld muss von den New Yorker Banken an die Bürger gebracht werden, damit es dem Umlauf tatsächlich zur Verfügung steht. In den neunziger Jahren genügte es, die Einkommen der Oberschicht drastisch zu erhöhen. Damit wurde der Dienstleistungssektor und der Luxuskonsum angeregt, und es kam Geld unter das Volk. Jedoch zeigte sich sehr bald, dass dies nicht lange ausreichen konnte. Zumal Dienstleistung keine echte Wertschöpfung bedeutet und auch kein taugliches Mittel ist, die Außenhandelsbilanz zu verbessern. Zum anderen benutzte die amerikanische Oberschicht ihren neuen Reichtum, sich mit importierten Luxusgütern zu schmücken, was die Außenhandelsbilanz zusätzlich belastete.

Denn sie wussten, was sie taten

Also verfiel man auf den Trick mit den Immobilien: Die Mehrzahl der Amerikaner leben im Wohneigentum, das aber in der Regel hoch belastet ist mit Hypotheken. Der nominale Wert dieser Immobilien wurde hochgefahren, und die Banken boten den Besitzern an, ihren Hypothekenrahmen bis an die neue – höhere – Grenze und sogar darüber auszuschöpfen und das Geld für ihren Konsum zu verwenden. Ein Verfahren, das nach deutschem Recht nahezu unmöglich ist. Die Amerikaner jedoch waren nur zu willig, den Vorschlägen ihrer Banken zu folgen. So kamen die retransferierten US-Dollar zurück zum amerikanischen Verbraucher und damit in den Umlauf, ohne dass dafür irgendeine Arbeit geleistet worden wäre. Das war der Sinn der Sache und hat den USA tatsächlich für einige Jahre erstaunlich gute Wirtschaftszahlen beschert. Allerdings war abzusehen, dass sich auch dieses Verfahren nicht beliebig lange fortsetzen ließ – die Blase musste platzen. Das geschah 2007 und hieß dann „Hypothekenkrise“.

Selbstverständlich war den Initiatoren und den Bankiers klar, was sie da taten. Deshalb haben sie, als das Ende nahte, ihre faulen Kredite und damit ihr Risiko weitergegeben. Sie kreierten Pakete, so genannte Derivate, in denen sie ihre faulen Kredite versteckten. Diese Pakete wurden von den Ratingagenturen vorsätzlich falsch, also gut, bewertet, und an ausländische Banken verkauft. Doch auch die Volkswirte der kaufenden Banken wussten sehr wohl, dass sie mit diesen Paketen Zeitbomben kauften. Und sie wussten, dass es keine Frage sein würde, ob sie explodieren würden, sondern nur wann. Andererseits wussten sie aber auch, dass das Weltfinanzsystem zusammenbrechen würde, und zwar schon im Herbst 2007, sofern sie die Banken der USA nicht mit ihrer Aktion unterstützten.

Hier wird nun der vorsätzliche Betrug am Bürger fortgesetzt: Scheibchenweise wurde den Bürgern eröffnet, welche Lasten sie zum Erhalt des betrügerischen Weltfinanzsystems tragen müssten. Bis heute hat niemand öffentlich zugegeben, wo die tatsächlichen Ursachen dieser großen Krise liegen, obwohl es jeder wissen kann, der sich mit dem Thema genauer befasst. Die Zahlen sind so offensichtlich: Das Außenhandelsdefizit der USA beträgt etwa 750

Milliarden US-Dollar. Nach allgemeinen Schätzungen kostet die Krise des Jahres 2007 die Bürger der Welt etwa 750 Milliarden US-Dollar. 2008 greifen die USA mit einem Hilfspaket von 700 Milliarden US-Dollar ihren Banken unter die Arme. Diese leiht sie sich aus dem Topf der retransferierten US-Dollars, und gibt sie wieder direkt an die Bürger weiter, damit der interne Geldumlauf in den USA nicht zum Erliegen kommt. Es ist jetzt schon klar, dass dieser Betrag auch nur ein weiteres Jahr überbrücken kann. Dann wird es noch schwieriger, wenn nicht unmöglich sein, sich ein weiteres Jahr Schonfrist zu erkaufen. Die „Eingeweihten“ wissen das. Minister Steinbrück: „Die Welt wird eine andere sein!“ Einzig die Franzosen, hier insbesondere Präsident Sarkozy, haben zumindest das Wort „Bretton Woods“ schon mal in den Mund genommen.

Das Kreditkarten(un)wesen – weitere 900 Milliarden lauern schon

Der Umgang der Amerikaner mit Kreditkarten unterscheidet sich wesentlich von dem der Europäer. In Europa ist es üblich, jeden Monat seine Verbindlichkeiten gegenüber der Kreditkartengesellschaft vollständig zu begleichen. Anders in den USA: Der durchschnittliche Amerikaner begleicht nur das minimal Nötige. Das bedeutet, er zahlt etwa zehn Prozent seiner Schuld und lässt den Rest als zinspflichtigen Kredit stehen. Durchschnittlich besitzt jeder Amerikaner mehr als zehn Kreditkarten unterschiedlicher Firmen. Jede dieser Kreditkarten garantiert ihm einen Kreditrahmen von 1000,- US-Dollar oder mehr. In den USA ist es üblich, diesen Kreditrahmen auszuschöpfen. So ist es möglich, dass mit Hilfe der Kreditkarten der durchschnittliche Amerikaner einen Kredit von 10.000,- US-Dollar oder mehr genießt, ohne dafür irgendeine Bonitätsprüfung bestehen zu müssen. Und genau das ist wiederum der Sinn der Sache. Auf diese Weise kommt wieder Geld in den USA-internen Umlauf, für das keine Arbeit geleistet wurde. Nach allgemein anerkannten Schätzungen betragen die Kreditkartenschulden der Amerikaner in Summe 900 Milliarden US-Dollar. Das ergibt 6.000 US-Dollar pro Arbeitnehmer, und es besteht kaum eine Aussicht, dass diese Schulden in absehbarer Zeit beglichen werden können. Zudem ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Zinsen auf diese Schulden die Bürger überfordern und auch diese Kredite platzen werden. In Finanzkreisen werden bereits Möglichkeiten diskutiert, wie man dieses Problem abfedern könnte. Angesichts der überaus gewaltigen Summe von 900 Milliarden US-Dollar zeichnet sich aber ab, dass es keine Lösung geben kann. So haben wir zusätzlich zu der Immobilienkrise noch ein Damoklesschwert über dem Weltfinanzsystem, das alleine schon ausreichen würde, das gesamte System zu zerstören.

Weitere Kredite belasten die Zukunft nicht

Der zukünftige Präsident der USA, Barack Obama, weiß um dieses Problem. Er hat bereits im November 2008 angekündigt, für seine Banken ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 900 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Er kann das ohne Weiteres tun, denn alle „Eingeweihten“ handeln in dem Bewusstsein, dass für diese Schulden niemand mehr aufkommen wird, denn es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das bestehende System zusammen brechen muss. Dann werden alle Schulden und Guthaben vollkommen neu bewertet werden müssen. Das klingt auf den ersten Blick beängstigend, aber man muss nur in die jüngere Geschichte blicken, um festzustellen, dass davon die Welt nicht untergehen wird. 1929, zur damaligen Weltwirtschaftskrise, ist zum Beispiel in Deutschland genau das passiert: Die Hyperinflation hat alle Guthaben und Schulden, die in Reichsmark notiert waren, annulliert.

In diesem Sinne muss man erkennen, dass es auch für Deutschland und den Rest der Welt nur sinnvoll sein kann, wenn jeder Versuch unternommen wird, die Wirtschaft mit Krediten der

öffentlichen Hand am Laufen zu erhalten. Das Ziel der Zeit muss heißen, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Die Menge an Arbeit, die momentan geleistet wird, wird auch in Zukunft geleistet werden müssen, wenn wir den momentanen Wohlstand erhalten wollen. Es geht in der jetzigen Lage vor allem darum, funktionsfähige Strukturen vor einer Zerstörung durch ein zusammenbrechendes Finanzsystem zu bewahren. Die normalen Regeln der Ökonomie sind ohnehin bereits außer Kraft gesetzt. Also darf man auf der Suche nach neuen Wegen nicht krampfhaft an alten Dogmen festhalten. Vielmehr muss man alles daran setzen, einen möglichst sanften Übergang in ein neues System zu erreichen. Dazu dürfen durchaus Maßnahmen ergriffen werden, die nach den herkömmlichen Regeln untauglich erscheinen mögen: Schulden, die jetzt zusätzlich aufgebaut werden, werden uns in Zukunft nicht zusätzlich belasten. Sie sind im Vergleich zu den bereits bestehenden sowieso eher unwesentlich, können aber verhindern, dass eine Rezession tatsächlich die Wirtschaft zerstört. Weil es im Fall der USA deutlich erkennbar ist, dass es sich bei den jetzigen Maßnahmen nur noch um Notprogramme handelt, dürfen die Europäer nicht nachstehen, ihre Wirtschaft ebenfalls mit Notprogrammen zu retten, um für die Zukunft bestehen zu können.

Die USA – Gigant auf tönernen Füßen

Wenn das System Bretton Woods zusammenbricht, haben vor allem die USA ein ernsthaftes Problem. Der Rest der Welt eigentlich nicht. Die USA können ihre Importe dann nicht mehr mit „Mickymaus-Geld“, also faktisch wertlosen US-Dollar bezahlen. Denn die Welt wird das nicht mehr akzeptieren. Sondern für ihre Exporte in die USA handfeste Gegenleistungen fordern. Die haben die USA nicht zu bieten. Die USA werden auf die großzügige Gnade der Welt angewiesen sein, wenn sie Öl oder Bekleidung für ihre Bürger kaufen wollen. In den USA werden fast keine Kleidungsstücke inklusive Schuhe produziert. Seit gut dreißig Jahren wird in den USA keine einzige Uhr produziert. Ein Computer „made in USA“ wird zusammengesetzt aus Teilen, die nicht aus den USA stammen. Der Markt für Öl in den USA besteht zum größten Teil aus Importen. Autos aus amerikanischer Produktion sind auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig. Kurz: wenn der US-Dollar seinen Status als Leitwährung verliert und damit die zugehörigen Privilegien für die USA entfallen, sieht die Zukunft für „the worlds leading Nation“ rabenschwarz aus. Es ist nicht auszuschließen, dass die dann unterversorgten und frierenden Bürger der USA bürgerkriegsähnliche Zustände erleben müssen.

Die Geldelite sorgt vor

Jene, welche die Geschicke der Welt wirklich lenken, also die Herren des Geldes, wissen seit geraumer Zeit, dass der Zusammenbruch ihres Systems unausweichlich ist. Deswegen verfolgen sie vorrangig zwei Ziele: Erstens versuchen sie den Status quo so lange wie möglich zu erhalten. Zweitens suchen sie verzweifelt nach einer Möglichkeit, ihren Besitzstand, also ihr extremes Wohlleben auf Kosten anderer, in eine Zeit nach dem großen Crash zu retten. Dazu erfinden sie immer neue Finanzinstrumente, mit deren Hilfe sie groß angelegte Eigentumsumschichtungen zu ihren Gunsten vornehmen. Ziel ist es, außerhalb der USA Eigentum zu besitzen, das sichere Rendite abwirft, egal, wie das Weltwirtschaftssystem aussehen wird. Deswegen kaufen seit etlichen Jahren nordamerikanische Investoren in großem Stil in Europa, und hier besonders in Deutschland, Immobilien, Aktien und Versorgungsunternehmen auf. Die Käufer dieser Güter werden nach einem Zusammenbruch des US-Dollars aus diesem Besitz komfortable Einkommen beziehen können. Wiederum ist es einzig Frankreich, das hier versucht, gegenzusteuern. Im Oktober 2008 hat Präsident Sarkozy erklärt, mit Hilfe eines Staatsfonds den Ausverkauf französischer Unternehmen an ausländische Investoren verhindern zu wollen.

Mickymaus-Geld und reale Güter

Es ist sowieso ein zweifelhafter Vorgang, wenn es möglich ist, dass Investoren eines Staates, der ein Außenhandelsdefizit hat, im Ausland auf Einkaufstour gehen. Nach den klassischen Regeln der Volkswirtschaft, dürfte das nicht, oder bestenfalls nur in sehr begrenztem Maße, möglich sein. Aber mit den siebziger Jahren beginnend, wurde die Menge an virtuellem Geld im Internationalen Umlauf exponentiell ansteigend vergrößert. Dazu wurden immer neue und undurchschaubarere Instrumente ins Leben gerufen, mit deren Hilfe sich verschleiern ließ, dass das mittlerweile auf der Welt kursierende Geld den Wert aller verfügbaren Güter um das dreißigfache übersteigt. Dieses Geld ist aus reiner Geldschöpfung entstanden – es ist also faktisch rein virtuell. Und dennoch kann man mit diesem Geld reale Gegenstände kaufen. Und ebenso ist möglich, den Zustand von Volkswirtschaften zu manipulieren oder zu verschleiern. Genau das findet seit Anfang der neunziger Jahre in wachsendem Umfang statt. Allerdings ist auch dieses ausgeklügelte Betrugssystem jetzt an seine Grenzen gestoßen. Aber noch funktioniert es und wird nach wie vor benutzt, um mit virtuellem Geld Eigentum zu erwerben – für schlechte Zeiten. Deswegen wird auch mit aller Macht versucht, dieses System so lange wie irgend möglich am Leben zu erhalten.

Nicht nur in den USA haben eine Menge Leute viel zu verlieren. Auch im Rest der Welt genießen Bankmanager und Devisenhändler Einkommen und Privilegien in unerhörter Höhe. Auch sie würden bei einem Zusammenbruch des Systems mit untergehen und müssten dann vielleicht ihr Brot mit einer produktiven Tätigkeit verdienen. Deshalb müssen wir erleben, wie eine internationale Bankmafia gemeinsam das System zu stützen sucht, das ausschließlich zu ihrem persönlichen Vorteil und dem der USA geschaffen wurde. Daraus erklärt sich auch, warum Leute, die es eigentlich wissen müssten, nicht laut gegen dieses verbrecherische System protestieren. Sie erleiden auch keinen persönlichen Verlust, wenn sie Milliarden ihrer Institute und die Milliarden der Steuerzahler verschleudern. Es ist ja nicht ihr Geld.

Geld und Geldeswert

Fest steht jedenfalls: Die Welt der Finanzen muss und wird eine andere werden! Sollen wir uns deswegen fürchten? Definitiv nicht! Die Welt kann nur besser und gerechter werden – und es wird allen besser gehen, wenn das ausbeuterische US-gesteuerte Finanzsystem endlich zusammenbricht. Je eher, desto besser! Um das zu verstehen, muss man allerdings einige grundlegende Paradigmen über Bord werfen: Seit gut fünf Jahrzehnten ist das Verständnis und das Verhältnis der Menschen zum Geld verbildet worden. Man muss zurückfinden zu der einfachen Erkenntnis, dass Geld nur dann etwas Wert sein kann, wenn es jemand annimmt und zugleich bereit ist, dafür eine Arbeit zu leisten – also, sobald es einen realen Gegenwert hat. Essen kann man es nicht. Und es nützt einem auch überhaupt nichts, wenn man allein in der Wildnis überleben will. Auch wenn alles Geld dieser Welt auf einen Schlag verschwände, würde nichts anderes als eben dieses Geld verschwinden. Dasselbe gilt für Aktienkurse: Selbst wenn eine Aktie die Hälfte ihres Werts verliert, verschwinden damit keineswegs Fabrikhallen oder Maschinen. An der realen Welt ändert sich nichts! Dessen sollte man sich bewusst sein – dann brauchen wir auch keine Angst vor einer Finanzkrise zu haben. Aber wir müssen uns unbedingt wieder auf die alten guten Werte zurückbesinnen, nämlich Gemeinsinn und Solidarität.

Es gibt keinen Mangel

Um aber überhaupt verstehen zu können, wie sehr unser Verhältnis zum Geld verbildet ist, muss man sehen, dass es in den westlichen Industrienationen tatsächlich an nichts mangelt. Alles, was man überhaupt brauchen könnte, ist im Überfluss vorhanden. Wenn der Eindruck entsteht, dass einige Bevölkerungsschichten Mangel leiden, so kann es sich nur um einen künstlich erzeugten Mangel handeln. Dieser wird hergestellt, indem die Finanzwirtschaft breiten Bevölkerungsgruppen den Zugang zu ausreichenden Geldmengen verwehrt, oder aber zum Beispiel mit Hilfe eines künstlich in die Höhe getriebenen Ölpreises ihr hart erarbeitetes Geld wieder abnimmt. Mit diesem Mittel lässt sich sehr fein abgestimmt steuern, wie viel Geld den einfachen Bürgern für den Konsum von nicht lebenswichtigen Gütern zur Verfügung stehen darf. Denn es ist klar: Die Freiheit, kein Öl zu kaufen, gibt es nicht. Es ist kein Zufall, dass der Ölpreis im Herbst 2008 drastisch gefallen ist: die Bürger sollen entlastet werden, damit sie Geld für Konsum zur Verfügung haben, der die Wirtschaft am Laufen halten kann.

So muss man erkennen, dass die Situation des Jahres 2008 nicht vergleichbar ist mit der des Jahres 1929, des Jahres der Weltwirtschaftskrise. Die Zeit um 1929 war geprägt von einer grundlegenden Mangelversorgung für breite Bevölkerungsschichten. Das Jahr 2008 hat eher damit zu kämpfen, allgemeinen Überfluss zu verwalten. Dieses Wissen hilft erkennen, dass niemand Angst vor einer Krise haben muss. Denn eines ist klar: Die Produktion verderblicher Güter wie Nahrungsmittel kann nicht einfach eingestellt werden, nur weil die Geldwirtschaft ins Stolpern geraten ist. Sie müssen auch irgendwie verteilt und verbraucht werden, egal, was mit dem Geld passiert.

Hier sind wir an einer Stelle angelangt, welche deutlich die Notwendigkeit zeigt, das allgemeine Bewusstsein der Menschen bezüglich des Geldes und seiner Funktion zurückzuführen zu ihren einfachen und natürlichen Grundlagen. Geld ist ein legalisiertes Tauschmittel, welches auch zur Wertaufbewahrung dienen soll. Geld darf nicht ein Mittel zur Ausübung von Macht sein, für die es seit geraumer Zeit missbraucht wird. Geld als solches kann keine Arbeit leisten. Man muss den unsinnigen Gedanken ablegen, dass Investitionen abhängig von Geld wären. Damit Investitionen getätigt werden können, muss Arbeit geleistet werden. Diese muss zur Verfügung stehen. Es bedarf eines gewaltigen Prozesses des Um- und Neudenkens. Der Rahmen dieser Ausführungen lässt es nicht zu, diesen komplexen Vorgang in seiner grundlegenden Breite zu behandeln, ebenso wie die Ausführungen im nächsten Absatz. Ich verweise deswegen auf mein Buch „Bankraub globalisiert“, für alle, die verstehen wollen, was an allgemein üblichen Denkprozessen bezüglich des Geldes und seiner Verwendung falsch läuft.

Arbeit als Selbstzweck

Die Menge an Arbeit, die in Deutschland geleistet wird, ist mehr als ausreichend, die Versorgung der Bürger mit allem, was man brauchen könnte, sicherzustellen. Dementsprechend erarbeitet Deutschland einen Außenhandelsüberschuss von 120 Milliarden Euro pro Jahr. Das entspricht etwa 5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Diese Arbeitsleistung wird in Deutschland nicht verbraucht. Ebenso, wie ein andauerndes Außenhandelsdefizit nicht gesund sein kann, ist auch ein andauernder Außenhandelsüberschuss auf längere Sicht schädlich. Den Bürgern, die diese überschüssige Arbeit leisten, wird letztlich der gerechte Lohn für ihre Arbeit vorenthalten. Sie arbeiten, ohne die Früchte ihrer gesamten Leistung genießen zu dürfen.

Dennoch werden den Arbeitern seit Jahren immer größere Leistungen abverlangt. Die Arbeitszeiten werden verlängert und die Sozialleistungen gekürzt. Deutschland muss

konkurrenzfähig bleiben, ist das stetig wiederholte Argument. Die Arbeitsplätze sind in Gefahr, wenn nicht noch kostengünstiger produziert werden kann – heißt es. Das ist nicht schlüssig. Solange ein Land eine positive Außenhandelsbilanz erwirtschaften kann, kann die Produktion nicht zu teuer sein. Und was den Verlust von Arbeitsplätzen anbelangt, ist ein radikales Umdenken angesagt. Wenn jemand Arbeit leistet, deren Früchte er nicht genießen darf, dann handelt es sich bei dieser Arbeit um Arbeit als Selbstzweck. Diese Arbeit kann eingestellt werden, ohne dass ein echter Verlust entsteht – volkswirtschaftlich gesehen.

Selbst wenn also der Export in die USA auf Grund der aktuellen Krise weitgehend einbrechen sollte, wird das weniger als 5 Prozent des Außenhandelsvolumens betragen. Dies kann eine Volkswirtschaft nicht ernsthaft in Bedrängnis bringen. Es würde vollkommen ausreichen, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit um etwa eine Stunde zu kürzen, um den Minderabsatz auszugleichen. Diese Kürzung muss bei vollem Lohnausgleich stattfinden, denn auf der einen Seite muss die Kaufkraft im Inland erhalten bleiben, und auf der anderen Seite wird das die Kosten für die einzelnen Produkte um weniger als 3 Prozent erhöhen. Niemand darf behaupten, dass die hervorragenden Produkte aus Europäischen Ländern weniger konkurrenzfähig werden, wenn sie um gerade mal 3 Prozent teurer werden.

Zwar ist diese Rechnung zwangsläufig unvollständig. Denn die Zusammenhänge und Auswirkungen sind sehr komplex und können in dieser Kürze nicht umfassend dargestellt werden. Doch soll hier zumindest die Idee vermittelt werden, dass ein Rückgang des Exports um einige Prozent in einem Land mit großem Außenhandelsüberschuss nicht den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten muss. Allerdings gilt es, sich von den Doktrinen einer durch die Turbokapitalisten propagierten, absoluten Gewinnmaximierung radikal zu verabschieden. Diese sind sowieso unmenschlich – und untauglich für den Aufbau einer sozialen und lebenswerten Gesellschaft. Grundsätzlich kommt es darauf an, zu erkennen, dass ein Rückgang des Bruttosozialprodukts um einige Prozent für ein Land mit Außenhandelsüberschuss keinen Einfluss auf seinen Wohlstand haben darf – solange alles mit Rechten Dingen zugeht.

Die USA werden am meisten verlieren – und bekommen Geschenke

Selbstverständlich wird es zu heftigen Turbulenzen kommen, bis eine Neuordnung des Weltfinanzsystems wirksam werden kann, aber zumindest wird es für eine gewisse Zeit gerechter zugehen in dieser Welt. Bricht der US-Dollar zusammen, haben nur die USA ein wirklich ernsthaftes Problem. Zwar wird bei uns die Arbeitslosigkeit zunehmen, weil sich die USA keine Importe mehr leisten können. Aber tatsächlich ist das letztlich kein wirkliches Problem, weil wir sowieso für die Exporte in die USA nur wertlose US-Dollars bekommen haben und keinen echten Gegenwert. Diese Arbeit können wir einstellen, ohne einen Verlust zu erleiden.

Sobald der US-Dollar zusammenbricht, geschieht noch etwas anderes: Die Schulden der USA werden mit dem US-Dollar annulliert. Sie sind ja in US-Dollar notiert. Das bedeutet, dass der Rest der Welt alles, was sie den USA gegen US-Dollar geliefert haben, faktisch den USA zum Geschenk gemacht haben. Es wäre ohnehin naiv, anzunehmen, dass die USA, egal was passieren wird, jemals in der Lage sein werden, ihre Auslandsverbindlichkeiten mit realen Gütern zu begleichen. Diese Schulden wurden in dem Bewusstsein gemacht, dass sie niemals beglichen werden. Der Status quo ist also: Solange das aktuelle System Bestand hat, schenkt der Rest der Welt auch im Jahr 2008 den USA Güter im Wert von 750 Milliarden US-Dollar – eben in Höhe des amerikanischen Außenhandelsdefizits.

Die Welt zahlt für das Militär der USA

Die USA unterhalten die größte Militärmaschine der Welt. Die Kosten dafür belaufen sich auf etwa 750 Milliarden US-Dollar pro Jahr, wenn man alle versteckten Nebenkosten mit einrechnet. Realistisch betrachtet, gibt es kein Land auf dieser Erde, das die USA mit militärischen Mitteln bedrohen könnte oder wollte. Wenn man das bedenkt, wird sofort klar, dass es vollkommen ausreichen sollte, wenn die USA ihr Militär auf die atomare Abschreckung und einen minimalen Heimatschutz reduzierten. Jedem ist die Absurdität des Gedankens ersichtlich, dass die USA von einer Invasionsarmee angegriffen werden könnten. Das amerikanische Militär dient also in erster Linie der aggressiven Durchsetzung amerikanischer Interessen rund um die Welt. Das kostet die Amerikaner, wie gesagt, 750 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Hätten die Amerikaner diese Kosten nicht, und würden sie die Arbeitskraft, die diese Kosten repräsentieren, für die zivile Produktion verwenden, so wäre es ein Leichtes für die USA, eine ausgeglichene Handelsbilanz herzustellen.

Damit wird ersichtlich, dass tatsächlich die ganze Welt dafür bezahlt, vom amerikanischen Militär dominiert und bedroht zu werden. Dabei sind die volkswirtschaftlichen Schäden, welche durch das amerikanische Militär weltweit verursacht werden, hier noch gar nicht eingerechnet. All das wird sich ändern, wenn die USA ihre Privilegien aus dem System von Bretton Woods verlieren. Sie werden sich ihre weltweiten Militäroperationen einfach nicht mehr leisten können. Sie müssen dann das Naturgesetz anerkennen, dass der Unterhalt einer übergroßen Armee niemals zum allgemeinen Vorteil für die Bürger eines Landes sein kann. Die Welt wird friedlicher werden, wenn sie den USA nicht mehr ihre Arbeitsleistung für ihr Militär schenkt.

Was tun?

Im Jahr 2008 ist für viele Bürger die Frage immer wichtiger geworden, wie sie ihr Ersparnis vor einem Totalverlust retten können. Die Antwort ist grundsätzlich ziemlich einfach: Man muss nur dem Beispiel der großen Investoren folgen. Diese kaufen Immobilien und Aktien von Firmen, die eine nachhaltige Substanz haben. Nachhaltige Substanz heißt, dass diese Aktiengesellschaften über solide Produktionsmittel und Grundbesitz verfügen. Beides sind Dinge, die nicht einfach von der Welt verschwinden können, egal was mit dem Geld passiert. Sie werden ihrem Besitzer immer ein Einkommen garantieren.

Der Betrug mit dem Goldpreis

Wer nicht über so viel Geld verfügt, dass er sich eine Immobilie einfach so kaufen kann, flüchtet ins Gold. Auch das ist physisch real und sein Vorhandensein nicht abhängig von irgendwelchen zweifelhaften Geldmengen. Dementsprechend ist die Nachfrage nach Gold im Jahr 2008 enorm angestiegen und hat mit schockierender Offensichtlichkeit gezeigt, wie frech die Finanzwirtschaft manipuliert und die Bürger betrügt: Anfang Oktober 2008 war es nicht mehr möglich, Gold in physischer Form zu kaufen. Die Banken haben einfach kein Gold mehr an Privatpersonen verkauft. Nach den klassischen Regeln der Marktwirtschaft hätte das einen außerordentlichen Anstieg des Goldpreises zur Folge haben müssen. Ein begehrtes, knappes Gut steigt im Preis. Normalerweise. Nicht so das Gold! Im Oktober 2008 fiel der Goldpreis um über zehn Prozent. Das ist offensichtliche Manipulation.

Der Goldpreis wird täglich in London festgelegt. Hier wird normalerweise beurteilt, wie das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bezüglich des Goldes liegt und dann dementsprechend ein Preis fixiert. Die momentane Fixierung lässt aber die Nachfrage vollkommen außer Acht.

Die aktuelle Preisgestaltung beim Gold folgt politischen Motiven. Die Bürger sollen davon abgehalten werden, Gold als begehrten, sichere Anlage zu empfinden. Sie sollen ihr Geld bei den Banken belassen. Man zeigt ihnen: seht her, Gold ist keine sichere Anlage! Allein die Vorgänge um den aktuellen Goldpreis sollten auch den letzten Skeptiker überzeugen können, dass jene, die über die Geldwirtschaft bestimmen, tatsächlich in größtem Stil manipulieren, um ihre Ziele zu erreichen und die Bürger zu betrügen. Man muss also wirklich keine Angst davor haben, dass dieses Weltfinanzsystem zusammenbricht und durch eine neue Ordnung ersetzt wird.

Dann wird es auch nicht mehr möglich sein, Währungswechselkurse im großen Stil zu manipulieren, so, wie es momentan stattfindet. Jedem ist klar, dass in der jetzigen Weltfinanzlage die größten Probleme am US-Dollar hängen. Dennoch hat der US-Dollar im Jahr 2008 zwanzig Prozent an Wert gewonnen. Das ist unlogisch und dient nur einem Zweck: Der überbewertete US-Dollar erleichtert es amerikanischen Investoren, im Ausland werthaltige Güter zu erwerben. Dazu kommt, dass Europäische Aktien tatsächlich bei einem Stand des DAX von unter 6000 deutlich unterbewertet sind. Die Rentabilität liegt real höher, als die Aktienkurse vermuten lassen. Die Aufkäufer aus den USA genießen also einen doppelten Vorteil: niedrige Aktienkurse und einen überbewerteten US-Dollar. Damit wird ein betrügerischer Ausverkauf Europas an amerikanische Investoren zusätzlich gefördert. Das muss so schnell wie möglich ein Ende haben und wir müssen uns nur davor fürchten, dass dieses Ende noch weiter verzögert wird.

Krieg darf keine Option sein

Allerdings gibt es noch etwas, wovor man sich wirklich fürchten darf: Die USA haben die mächtigste Militärmaschine der Welt, und diese ist ausschließlich aggressiv ausgerichtet für Einsätze rund um die Welt. Die Geschichte hat gezeigt, dass die USA jederzeit bereit sind, ihr Militär zur Wahrung ihrer Interessen einzusetzen – und leider ist zu befürchten, dass sie das auch tun könnten, um ihren Status zu retten. Wie das aussehen könnte, wage ich mir kaum vorzustellen. Das einzige Land, das dem etwas einigermaßen Wirksames entgegensetzen könnte, ist nach wie vor Russland. Überdies liefert Russland reales Öl und Erdgas zu realistischen Preisen. Die USA hingegen liefern faule Kredite und Ausbeutung. So sollte man sich schon baldigst überlegen, wer in naher Zukunft der vorteilhaftere Partner für Europa sein könnte.

Europa betreibt mit dem Rest der Welt – ausgenommen die USA – einen einigermaßen fairen und ausgeglichenen Handel. Hier sind keine größeren Probleme zu erwarten. Und der Handel mit den USA beträgt keine zehn Prozent vom Gesamtvolumen. Daher wird Europa kein ernsthaftes Problem haben, falls dieser Anteil deutlich sinkt. Denn genau genommen bezieht Europa nichts aus den USA, das wir wirklich bräuchten. Anders die USA: Sie sind angewiesen auf Importe von absolut lebensnotwendigen Gütern aus der ganzen Welt. Obendrein sind die USA immer noch Weltmeister im verschwenderischen Umgang mit Energie. Sobald das Weltfinanzsystem zusammenbricht und der US-Dollar wertlos wird, können die USA nicht mehr ungezügelt Öl kaufen und verbrennen. So gesehen, ist es das Beste, was der Umwelt – und nicht nur der Umwelt – passieren kann. Und für den persönlichen Umgang mit der aktuellen Krise habe ich einen einfachen Rat: Gebt euer Geld aus, so lange es noch etwas Wert ist! Das schafft Lustgewinn, ist die beste Hilfe für die Wirtschaft und erhält unsere Arbeitsplätze. Freuen wir uns auf eine neue Weltfinanzordnung!

Peter Haisenko